



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922**

351 (3.8.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-204744](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-204744)



# Mannheimer General-Anzeiger

## Badische Neueste Nachrichten

Seitungspreis: In Mannheim und Umgebung monatlich ...

Anzeigenpreis: Die kleine Seite Nr. 10. — usw. Nr. 37. —

Beilagen: Der Sport d. Sonntag, Aus der Welt der Technik, Gesetz. Recht, Mannh. Frauen-Zeitung, Mannh. Musik-Zeitung, Bildung u. Unterhaltung, Feld u. Garten, Wandern u. Reisen.

### Nach dem Ultimatum Poincarés.

#### Erste Mahnung der Reichsregierung zur Ruhe und Entschlossenheit.

WB. Berlin, 2. August.

Amlich: In der Reichskanzlei fand heute eine Besprechung des Reichskanzlers mit den Fraktionsführern der Koalitionsparteien, der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei und der Unabhängigen über die politische Lage...

#### Erste Lage. — Keine Revision der deutschen Ansicht. Einstellung des Devisenkaufs.

Berlin, 3. August. (Von unserem Berliner Büro.) Der Bericht über die Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern kennzeichnet den Ernst der Lage. Es ist immerhin bemerkenswert, daß in dem gegenwärtigen kritischen Augenblick offenbar eine gewisse Übereinstimmung auch mit den Parteien...

Es ist dann die Wirkung der Note auf die innerpolitische Lage Deutschlands eingehend erörtert worden und man ist zu dem Schluß gekommen, daß die gegenwärtige Lage keine überstürzten Beschlüsse fordert...

Es ist noch immer nicht bekannt, welche Maßregeln Poincaré zu ergreifen gedenkt. Man ist darüber verschiedener Ansicht. U. a. wird an eine Beschlagnahme der deutschen Reichseinkünfte innerhalb des besetzten Gebiets oder an eine Beschlagnahme deutscher Forderungen in Frankreich gedacht...

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die in auswärtigen Dingen sich im allgemeinen gut unterrichtet zeigt, meint, man dürfe die Drohungen Poincarés diesmal nicht so ernst nehmen, da die Haltung der anderen Alliierten und die gesamten Reparationsverhältnisse ihre Verwirklichung illusorisch mache.

Der „Vorwärts“ erörtert den Fall, daß ein Teil der Regierung das deutsche Stundungsgesuch genehmigt, ein anderer Teil der Regierung nicht. In diesem Fall bestünde die Möglichkeit, daß Deutschland jenen Teil befriedigt, der darauf besteht, vorausgesetzt, daß die anderen Beteiligten keinen Einspruch dagegen erheben.

Wie der „Tag“ erfährt, hat die Reichsregierung in Anbetracht des katastrophalen Marksturzes sich veranlaßt gesehen, den Devisenkauf für die Reparationsleistungen zu einstellen. Für die Reparationsleistungen steht im Augenblick nur eine geringe Devisenmenge zur Verfügung.

#### Beschlagnahme der Staatseinkünfte im besetzten Gebiet

Berlin, 2. Aug. Wie wir erfahren, ist die Note, mit der Poincaré die letzte deutsche Note in der Frage der Ausgleichszahlungen beantwortet hat, heute früh um 9 Uhr in Berlin eingetroffen. In diesem Augenblick ist das Reichskabinett zu einer Besprechung zusammengetreten, in der die französische Note besprochen worden ist. In diesem politischen Kreise herrscht die Auffassung, daß der Standpunkt der deutschen Regierung unerschütterlich bleibt und daß man es als ein unmögliches Vorgehen des gegnerischen Regimes gegenüber der französischen Forderung wehrt...

Man habe bestimmte Anhaltspunkte dafür, daß Poincaré beabsichtige, in den besetzten Gebieten des Rheinlandes, die in der Gewalt Frankreichs stehen, die Staatseinkünfte des Deutschen Reiches, wie Zölle, Steuern, Eisenbahnen, Post- u. Telegrapheneinkünfte zu beschlagnahmen. Es stehe jedoch fest, daß Poincaré mit diesem Schritt nicht unbenutzt werden lasse, seine starke Hand zu zeigen.

#### Begründung der französischen Note.

Berlin, 3. August. (Von unserm Berliner Büro.) Zur Frage der Kompensationszahlungen erörtert die „Voll. Ztg.“ aus Paris, daß nach angeblich offizieller Auffassung die Angelegenheit ein anderes Aussehen annehmen würde, wenn Deutschland erklärte, es ersuche mit Rücksicht auf den neuen Marksturz um eine Revidierung des Londoner Abkommens über die Reparationen. In diesem Falle würden die Verbündeten die Frage gemeinsam prüfen und Deutschland von einer entsprechenden Entscheidung in Kenntnis setzen. Die deutsche Note habe entschieden zurückgewiesen werden müssen, weil die Reichsregierung einer gemeinsamen Entscheidung der Verbündeten vorgegriffen und unter Verletzung der Londoner Vereinbarungen die Einstellung der Kompensationszahlungen in der festgesetzten Höhe angeordnet habe.

WB. London, 2. August. Auf eine Anfrage Wedgewoods im Unterhause, ob die französische Regierung zu verstehen gegeben habe, daß sie beabsichtige, selbständig neue territoriale Zwangsmaßnahmen vorzunehmen, wenn die monatliche Entschuldigungsrate durch Deutschland nicht bezahlt würde, wurde verneinend geantwortet.

#### Aus der französischen Presse.

Paris, 2. Aug. (Vollf.) Die Note Poincarés, in der er eine hindernde Fügung in der Frage der Ausgleichszahlungen bis zum 5. August mittags 12 Uhr von Deutschland verlangt, wird nun dem „Echo de Paris“ als ein gutes Zeichen für die Entscheidung angesehen, die für die Gesamtheit des Reparationsproblems von dem Ministerrat am kommenden Donnerstag angefaßt werden. Das Blatt bedauert, daß Belgien in der der deutschen Regierung erteilten Antwort sich von der französischen Verhandlungslinie abgewandt und daß durch die Voreiligkeit seiner Priorität und durch die Sorge, sich nicht in dem Spiel zu verlieren, es bei der Kombination verbleibe, an die sich nun an der Rente Delacroix knüpfen müsse. In dem Belgien erklärte, daß die Forderung der Kompensationszahlungen ausgeführt werden müsse, und daß alles verfügbare Geld in Deutschland für die Reparation verwendet werden müsse, habe Belgien eine Forderung gestellt, die ebenfalls zu seinen, wie zum französischen Vorschlag verweise. Der das Gegenteil behauptet, keine deutsche Land nicht.

Der „Welt Posten“ spricht ebenfalls sein Bedauern darüber aus, daß in dieser in Bezug auf Belgien gestellte, eine wesentliche andere Haltung als Frankreich annehmen zu müssen.

„Ceure“ schreibt: Also am kommenden Samstag um die Mittagstunde wird Frankreich allein Sanktionen ausführen? Um die Wahrheit zu sagen, wir glauben es nicht! Zu was würden diese Sanktionen führen? Man mag darauf am Quai d'Orsay ein großes Geheimnis. Man sagt, es handele sich nicht darum Pfänder zu nehmen, sondern um Finanzrepressalien, aber diese Repressalien könnten nicht sofort ausgeführt werden. Am Samstag nachmittag und am Sonntag arbeiten die Gerichtsbürokraten nicht, auch nicht die politischen. So wird man also bis zum Montag kommen, und am Montag beginnen die Verhandlungen in London. Poincaré wird sich nicht mit der Verantwortung für Maßnahmen präventieren wollen, die die anderen Ministerpräsidenten bestimmen. Man braucht sich also nicht über Gehör über diese geräuschvolle Angelegenheit aufzuregen. Sie wird keine unheilvollere Entwicklung hervorzuführen.

Der „Figaro“ sagt: Deutschland habe dadurch, daß es den Weg des Nichtzahlens eingeschlagen habe, sich selbst schuldig gemacht und damit der Welt und vielleicht sogar tödlich, Frankreich wolle wohl an seiner Erhaltung teilnehmen, aber unter der Bedingung, daß die Bestimmungen sich nicht auch gegen es richten.

#### Deinlicher Eindruck in Belgien.

Berlin, 2. Aug. Wie die „Dt. Ztg.“ aus Brüssel erfährt, hat die sofortige Antwort Poincarés auf die deutsche Note vom 31. Juli in Brüssel großes Aufsehen erregt. Es heißt, daß Poincaré schon vorher über den Inhalt der deutschen Note auf dem Laufenden war und daher seine Antwort schon vorbereitet konnte. Die scharfe Abweisung Poincarés und die neue Androhung von Sanktionen sowie die ganze ultimative Ton der französischen Antwort mache hier einen sehr schlechten Eindruck. Die belgische Regierung hat der französischen ihr Bedauern auszusprechen lassen, daß sie nicht vorher über den Inhalt der Antwort Poincarés verständigt worden sei da sie der Meinung war, daß die monatlichen Barzahlungen eine internationale Frage wäre, denn ihre Regelung wurde gemeinsam von allen Alliierten festgelegt. Keiner der Alliierten könne deshalb in irgend einer Weise eine besondere Aktion unternehmen. Diese Angelegenheit werde auch auf der Londoner Besprechung berührt werden.

E. P. Paris, 2. August. Zu der Antwort der deutschen Regierung in der Frage der Ausgleichszahlungen schreibt der „Welt Posten“: Es ist bedauerlich, daß in dieser so wichtigen Frage Belgien eine von Frankreich merklich überschüssige Haltung eingenommen hat. In einer Note, die gestern Deutschland überreicht und aus Höflichkeit auch Paris überreicht worden ist, erklärt die belgische Regierung, daß die Zahlungen für die Reparationen nicht von den Reparationszahlungen getrennt werden könnten und daß, falls die letzteren unterbrochen würden, dies für die ersten auch der Fall sein müßte. Belgien nimmt somit eine der französischen Auffassung entgegengelegte Haltung ein. Der belgische Botschafter in Paris, Baron Goffier, hatte gestern über diesen Gegenstand eine lange Unterredung mit dem Direktor der politischen Angelegenheiten im Außenministerium.

#### Juristisch unhaltbar.

Berlin, 2. Aug. In der „Voll. Ztg.“ bespricht der Berliner Universitätsprofessor Dr. A. Kaufmann unter dem Titel: „Der Jurist Poincaré“ die neueste Note des französischen Ministerpräsidenten und kommt zu folgendem Ergebnis: Der französischen Note fehlt die einzige Grundlage — die Rechtsgrundlage —

Die beispiellose Schärfe, mit der die französische Regierung die Angelegenheit behandelt, ist in der Hauptsache durch die allgemeine politische Einstellung Poincarés bedingt. Daneben habe Frankreich zu bedenken, daß durch das Ausgleichsverfahren viele tausende allererter Gläubiger Anwartschaft auf künftige große Zahlungen erworben haben. Diese Gläubiger haben bisher durch den langsamen Gang des Verfahrens nur Abschlagszahlungen erhalten. Sie wären wahrscheinlich schon längst befriedigt, wenn man den deutschen Schuldnern die Zahlung gestattet hätte, als der Kurs der Mark noch günstig stand.

#### Der Kohlentribut.

WB. Wien, 2. Aug. Gegenüber anderslautenden Meldungen wird von zuständiger Seite festgestellt, daß von den Verbänden für den Monat Aug. Lieferungen in Braunkohle bereits abgerufen worden sind, die die Menge des Monats Juli um 22.000 Tonnen übersteigen. Es besteht deshalb keine Aussicht, daß in diesem Monat den inländischen deutschen Verbrauchern größere Mengen zugestellt werden könnten.

#### Die englische Schuldennote.

Berlin, 2. August. Aus Paris wird gemeldet, daß nach französischen Blättermeldungen die Londoner Regierung vor Veröffentlichung der Note Balfours in Washington sondiert habe, ob eine solche erwünscht sei.

#### Die Aufnahme in Amerika.

WB. London, 2. Aug. Der „Star“ meldet über den Eindruck, den die Balfoursche Note in den Vereinigten Staaten hervorgerufen hat, einer der ersten amerikanischen Kommentatoren laute dahin, daß Großbritannien ein Schuldner mehr oder weniger bankrott seien und daß Großbritannien auf jeden Fall kaum mehr als die Hälfte seiner Guthaben werde einziehen können. Wenn Großbritannien bereit sei, diese fragwürdigen Schulden zu annullieren, so folge daraus noch nicht, daß die Vereinigten Staaten ihre Ansprüche gegenüber einem vollständig zahlungsunfähigen Schuldner annullieren müßten.

Eine „Exchange“-Meldung aus New York besagt: Senator Mc. Cumber, der Vorsitzende des Finanzausschusses des Senats, erklärte: „Großbritannien ist im Gegensatz zu seinen Schuldnern vollständig zahlungsunfähig. Wir werden keine Schulden niemals annullieren. Eine solche Maßnahme würde nie vom Senat angenommen und niemals vom amerikanischen Volk gebilligt werden.“ Senator Watson, ein Mitglied des Finanzausschusses, sagte: „Kein Vorschlag, unsere Ansprüche gegenüber England zu annullieren, würde vom Finanzausschuß in den nächsten hundert Jahren angenommen werden. Selbst wenn der Ausschuss einen derartigen Beschluß fassen würde, so würde ein solches Gesetz vom Senat in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung niemals gebilligt werden. Das amerikanische Volk würde in seiner überwältigenden Mehrheit gegen einen solchen Vorschlag sein.“ Der Führer der Demokraten, Senator Hitchcock, sagte, es würde lange Zeit dauern, bevor der Kongress sich entschließen würde, Englands Schulden an die Vereinigten Staaten zu streichen. Wenn eine solche Maßnahme jemals angenommen werden sollte, würde dies nur der Fall sein, wenn die Vereinigten Staaten zu der Ueberzeugung kämen, daß die Lage nur durch eine derartige Aktion gerettet werden könne.

Der Staatssekretär Hughes lehnte es ab, sich über die englische Note zu äußern, bevor der amtliche Text vorliege.

#### Urteile der englischen Presse.

WB. London, 2. Aug. Zu der Note der englischen Regierung über die Schulden der Alliierten liegen bereits einige Blätterstimmen vor. Die „Times“ befürchtet, daß die Aussicht auf eine allgemeine Regelung der Wiederherstellungsfrage und die Frage der interalliierten Schulden durch die Note nicht gebessert worden ist. Nicht ohne Besorgnis könne man auf das Echo warten, das die Note in Frankreich finden werde. Im übrigen könnten nur die Ereignisse zeigen, ob der von der Regierung eingeschlagene Weg der richtigen gewesen sei. Das Blatt bedauert, daß in der Note davon gesprochen wird, Großbritannien wolle auf seine Ansprüche auf die deutschen Reparationen verzichten.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, daß dem Beschluß, die Balfour-Note an die Schuldnerationen abzugeben, zahlreiche Aussprachen innerhalb des Kabinetts vorangegangen seien. Während der letzten zwei Wochen sei die Angelegenheit nicht weniger als dreimal im Ministerrat erörtert worden. Der gegenwärtige Beschluß sei erst von der Mehrheit des Kabinetts gebilligt, dann wieder aufgehoben und schließlich am Montag neuerdings gebilligt worden. Einer der Hauptgründe der englischen Regierung sei die Rücksicht auf die englischen Steuerzahler gewesen.

WB. London, 2. Aug. Die „Morning Post“ findet die Note Balfours bedauerlich. Man hätte den Vereinigten Staaten bedingungslos die Bereitwilligkeit Englands zur Bezahlung seiner Schulden erklären und den Alliierten, wenn nicht vollen Ersatz, so doch eine großzügige Stundung gewähren müssen. Statt dessen werde in der Note dargelegt, daß die Vereinigten Staaten an dem gegenwärtigen chaotischen Zustand der europäischen Finanzen schuld seien. Die Union werde darin einen Verlust Großbritanniens sehen, sich seiner Verpflichtungen zu entziehen. Die Note werde Amerika Karger und Frankreich Verzweiflung bringen.

Der „Daily Express“ schreibt, die öffentliche Meinung werde zweifellos hinter der Regierung stehen. Wenn diese verlange, daß man die Schulden der europäischen Alliierten annulliere, so werde England doch verpflichtet bleiben, seine Schulden an die Vereinigten Staaten zu bezahlen. Ob die öffentliche Meinung einer teilweisen Herabsetzung der deutschen Reparationszahlungen an Großbritannien und dem Ersatz der französischen Zahlungen durch deutsches Wiederherstellungsgeld zustimmen werde, sei nicht gesagt. Wenn ein solches Abkommen getroffen würde, so würde es zweifellos zu einer Erschütterung in der europäischen Lage führen, die den Preis wert wäre. Das Blatt wendet sich gegen die Haltung gewisser englischer Zeitungen, die bei jeder Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich den französischen Standpunkt unterstützen.



Die Westminster Gazette schreibt, die Note sei außerlich betrachtet, vernünftig und logisch. Damit sei nicht gesagt, daß die darin zum Ausdruck kommende Politik gesund sei.

Europas kritische Wirtschaftslage.

London, 2. Aug. Am Dienstag wurde im Unterhaus offiziell bestätigt, daß die englische Schuldkommission am 8. September nach Washington abreisen werde, um mit der amerikanischen Regierung über die Konsolidierung der englischen Schuld an Amerika zu unterhandeln.

Washington, 2. Aug. Präsident Harding, Staatssekretär Hughes und der amerikanische Botschafter in London, Herrick, hielten gestern eine Sitzung ab, um die kritische wirtschaftliche Lage Europas zu besprechen.

Newport, 2. Aug. Der Newporter Bankier Paul Warburg, einer der bedeutendsten Finanzmänner Amerikas, hielt gestern eine Rede, in der er die alliierten Schulden behandelte. Er sagte, daß die Vereinigten Staaten niemals von Europa bezahlt werden könnten, wenn es sich nicht damit beschäftige, einen modus vivendi zwischen Frankreich und Deutschland zu schaffen.

Zur Londoner Zusammenkunft.

Berlin, 3. August. (Von unserem Berliner Büro.) In Londoner offiziellen Kreisen wird nach einer Meldung der „Post“ betont, daß die Verhandlungen zwischen Lloyd George und Poincaré, an denen Lyautey und Jasspar für Belgien und Schanzer und Dr. Cianciani für Italien teilnehmen dürften, viel wichtiger sein werden als irgend eine andere Konferenz nach Versailles.

Paris, 2. Aug. Poincaré hat gestern der englischen Regierung mitgeteilt, daß er das Datum des 7. August für eine Zusammenkunft in London über die Reparationsfrage annehme.

Paris, 2. Aug. Nach dem Londoner Korrespondenten des „Welt Journal“ wird Poincaré am Sonntag den 6. August in London erwartet. Die Unterredung würde somit Montag morgen beginnen.

Die Lage in Italien.

Das neue Kabinett de Facto.

Berlin, 2. August. Nach einer Meldung aus Rom wird das zweite Kabinett de Facto am 8. oder 10. August vor die Kammer treten. Schanzer wird Minister des Innern bleiben.

Rom, 2. Aug. Die Aufgabe Factas für die Neubildung eines Kabinetts ist durch das bisherige Wählgang aller Verträge einer Inkonsistenz und durch den plötzlichen Landesstreik erleichtert worden, der die Aufmerksamkeit der Abgeordneten ablenkte und dem Ministerpräsidenten größere Handlungsfreiheit ließ.

Mailand, 2. Aug. Der von den Sozialisten verkündete Landesstreik ist in den meisten Südtal-Wäldern mit Erfolg in Florenz, Mantua, Novara, Parma, Pavia und Novara. In den oberitalienischen Städten wurde die Arbeit nicht eingestellt.

Mailand, 2. Aug. Nach dem „Popolo d'Italia“ hatten sich die sozialistischen Abgeordneten in Rom während des Generalkongresses vorläufiger im Parlamentsgebäude auf. Sie haben den Kommissionspräsidenten ersucht, sie vor etwaigen Angriffen der Faschisten im Monte Citorio zu schützen.

Die Bedrohung Konstantinopels.

Paris, 2. August. Der „Welt Pariser“ teilt mit, daß nach Meldungen aus Konstantinopel der englische General Harrington fortwährend Maßnahmen für den Schutz Konstantinopels zu treffen. Die Haltung des englischen Oberkommandos in Konstantinopel, Sir Humbold, sei dagegen eine ganz entgegengekehrte.

London, 2. August. Der Korrespondent der „Times“ in Konstantinopel meldet, daß die Beunruhigung, die dort durch die griechischen Truppenzusammenschüßungen in Thrakien hervorgerufen werden war, sich zum größten Teil gelegt hat.

London, 2. August. Auf die Frage eines Abgeordneten, ob dadurch, daß England den griechischen Kriegsschiffen die Durchfahrt durch den Bosporus gestattet, die Neutralität nicht verletzt worden sei, erklärte der Minister der öffentlichen Arbeiten, Lord Cranford, daß die Dardanellen der Schifffahrt aller Nationen geöffnet seien und daß dazu keine besondere Ermächtigung nötig sei.

Rückzug der Griechen.

London, 2. August. Die „Morning Post“ meldet aus Konstantinopel, daß die griechischen Truppen sich von der Verteidigungslinie zurückziehen. Der Eisenbahnverkehr sei wieder aufgenommen worden, die Straße scheint überstanden zu sein.

Paris, 2. August. Nach einer Haas-Meldung aus Athen wird die griechische Regierung in ihrer Antwort an die Alliierten erklären, Griechenland habe nicht die Absicht gehabt, ohne Zustimmung der verbündeten Mächte nach Konstantinopel zu marschieren.

Die Verteilung der Mandate.

Genf, 2. Aug. Die Mandatskommission des Völkerbundes begann Dienstag vormittag in öffentlicher Sitzung ihre zweite Tagung mit einem Bericht ihres Präsidenten Marquis Theodor, in dem betont wurde, daß die Kommission nunmehr, nachdem der Völkerbund in seiner letzten Londoner Tagung fast alle Mandate genehmigt habe, ihre Arbeit in vollem Umfange aufnehmen könnte.

Genf, 2. Aug. Die Mandatskommission des Völkerbundes hat heute die Verteilung der Mandatsmächte über die Mandatsgebiete erörtert, die nun in Gegenwart der Mandatsmächte geprüft werden sollen.

Genf, 2. Aug. Die Mandatskommission des Völkerbundes hat heute die Verteilung der Mandatsmächte über die Mandatsgebiete erörtert, die nun in Gegenwart der Mandatsmächte geprüft werden sollen.

Der Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre.

Berlin, 3. August. (Von unserem Berliner Büro.) Der Moskauer Prozeß gegen die Sozialrevolutionäre erlebte gestern seinen größten Tag. Im Namen der 3. Internationale ergriff Clara Zetkin das Wort. Sie erklärte, Wandervogel und seine Freunde hätten nicht etwa aus Menschenliebe die Verteidigung der Sozialrevolutionäre übernommen, vielmehr sollte in Moskau der entscheidende Schlag gegen die Samojets geführt werden.

Die Rheinlandfrage.

Köln, 2. Aug. Wie der „Köln. Ztg.“ von gut unterrichteter Seite geschrieben wird, fand am 23. Juli, dem Tage des viernten Delegiertenkongresses der rheinischen republikanischen Volkspartei, aber in keinem Zusammenhang mit dieser Veranstaltung in Wachen eine Besprechung zwischen dem Reichstagsabg. Dr. Bell in Offen und dem belgischen Senator Lejeune statt. Hierbei wurde auch die Rheinlandfrage berührt, wobei Dr. Bell seinen Zweifel darüber äußerte, daß auch nicht der geringste Versuch zur innerpolitischen Regelung dieses Problems gemacht werden könne, solange noch ein Soldat der Besatzung in Rheinlande sei.

Belgische Enttäuschung über die Separatisten.

Brüssel, 2. Aug. Die in Brüssel erscheinende Wochenchrift „La Politique“, die in Belgien mit einigen anderen Blättern die Smets'schen Separationspläne drakt und den Wiederkehr als rein belgisches Gebiet betrachtet, teilt mit, daß sie in den nächsten Monaten nur noch alle 14 Tage erscheine, da ein großer Teil der Mitarbeiter für Urlaub bedürftig sind.

Bayerns Antwort an den Reichspräsidenten.

München, 3. Aug. Die bayerische Antwort auf den Brief des Reichspräsidenten an den bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld ging, wie das DRB erfährt, Mittwochabend nach Berlin ab. Sie hat die Billigung der Koalitionsparteien und der Bayerischen Mittelpartei gefunden und in einer kurzen Ministerbesprechung ihre redaktionelle Festlegung erfahren.

Berlin, 3. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Die Antwort des bayerischen Ministerpräsidenten auf den Brief des Reichspräsidenten wird kein glattes „Nein“ sagen, die Brief aber auch die bayerischen Verordnungen nicht zurücknehmen. Die Antwort wird aber in einem so verständlichen Ton gehalten sein, daß der Weg zu Verhandlungen offen steht.

Wahrung des bundesstaatlichen Charakters des Reiches.

München, 2. Aug. Die parteiamiliche „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ schreibt zu der Antwort des bayerischen Ministerpräsidenten auf das Schreiben des Reichspräsidenten: Nach der ganzen bisherigen Haltung der Staatsregierung und der hinter ihr stehenden Parteien kann ohne weiteres angenommen werden, daß in dem Brief der bayerische Standpunkt in vollem Umfange und mit aller Entschiedenheit gewahrt wird.

Die Koalitionserweiterung beschlossen.

München, 2. Aug. Die Beratungen des Bayerischen Bauernbundes und der Bayerischen Volkspartei, die heute nachmittag stattfanden, haben, wie das DRB erfährt, zu dem Ergebnis geführt, daß beide Parteien sich grundsätzlich mit der Einbeziehung der Bayerischen Mittelpartei und der Deutschen Volkspartei in die Koalition und damit mit der Koalitionserweiterung nach rechts einverstanden erklären.

Die Geschlossenheit der Bayerischen Volkspartei.

München, 2. Aug. Zu dem von uns gemeldeten Beschluß des Vorstandes des Bauernbundes der Bayerischen Volkspartei bemerkt der „Bayerische Kurier“, daß die Stellungnahme des Landesabgeordneten Hoffmann, der im Reichstag für die Gesetzgebung der Republik gestimmt hatte, durch diesen Beschluß bestätigt sei.

Zum Fall Leoprechting.

Berlin, 3. Aug. (Von unserem Berliner Büro.) Die sozialdemokratische „Mannheimer Post“ teilt mit, daß bei Leoprechting ein beschlagene Materialteil sei durch einen Einbruchsdiebstahl bei Gericht in fremde Hände geraten und wochenlang in fremden Händen gewesen. Der Reichsgerichtsrat Graf Zech hätte den Ministerpräsidenten persönlich gebeten, zeugenschaftlich vernommen zu werden, trotzdem sei weder er, noch irgend ein Berliner Beamter, noch irgend jemand in München, der über Leoprechting Entlastendes wußte, vernommen worden.

Baden.

Angriffe gegen die Universität Freiburg.

Freiburg, 2. Aug. Wegen die Universität Freiburg hat in der letzten Zeit Presseangriffe erhoben worden, vor allem wegen einiger Disziplinarfälle, die sich an ihr ereignet haben. Die „Mannheimer Tribune“, das Organ der U.S.V. Baden, erhebt gegen die Universität den Vorwurf, daß sie eine Doktorfabrik sei, denn sie ernenne alle Kandidaten eines Großkapitalisten oder des Leiters eines Industrieunternehmens zum Ehren doktor.

Abg. Dürringer und die Reichstagsfraktion.

In einer Sitzung des Bundesvorstandes der deutschen nationalen Volkspartei wurde in Anwesenheit von G. Dürringer die Frage seines Austrittes aus der Reichstagsfraktion besprochen; nachdem Dürringer selbst die Gründe, die ihn dazu bewegen hatten, einvernehmlich dargelegt und betont hatte, daß er damit durchaus nicht aus der deutschen nationalen Partei ausgetreten sei, wurde als Wunsch der Versammlung festgestellt, daß G. Dürringer wieder in die Reichstagsfraktion eintritt.



### Die Tätigkeit des Deutschen Roten Kreuzes in Rußland.

Das Deutsche Rote Kreuz, Abteilung „Russisches Hilfswerk“, unterhält als die erste europäische Hilfsorganisation im Lande September 1921 in Rußland eine Hilfsexpedition, deren ursprüngliche Aufgabe darin bestand, sich über die epidemiologischen Zustände Kenntnis zu verschaffen, die Verhinderung von Seuchen nach Deutschland zu verhindern und in enger Fühlung mit den russischen Behörden bei den für ihre Bekämpfung notwendigen Maßnahmen behilflich zu sein. Zu diesem Zwecke wurde in Moskau ein Zentralbüro des Deutschen Roten Kreuzes errichtet und gleichzeitig in einem von der Regierung zur Verfügung gestellten Gebäude ein bakteriologisches Zentrallaboratorium mit einem Besprechungsraum für die deutsche medizinische Literatur eingerichtet. Der Hauptteil der Expedition ging unter der Führung von Herrn Professor Rühlens vom Hamburger Tropen-Institut in einem für diesen Zweck eigens zusammengestellten und mit deutschen Mitteln ausgerüsteten Sanitätszug nach Kasan, wo er eine große Anzahl von Medikamenten, einem Laboratorium, Mikroskopen, Laboratoriumsgeräten und anderen Handpumpen zum Gebrauch in den dortigen Dörfern teilweise durch den Kartonschiffverkehr und teilweise unmittelbar an Krankenhäuser und Lazarette verteilte. Außerdem wurden ein chirurgisches Ambulatorium eingerichtet, bakteriologische Untersuchungen für die dortigen Krankenhäuser vorgenommen, Rezepte angefertigt und viele Vorkontrollen mittels eines neuen Blausäure-Verfahrens entworfen. Während ihrer Tätigkeit in Kasan erlitt die Expedition durch den Tod eines ihrer tüchtigsten Mitglieder, des Privatdozenten der Hygiene an der Universität in Kiel, Dr. Wolfgang Gärner, einen empfindlichen Verlust.

Es stellte sich bald heraus, daß die Bekämpfung der Seuchen nur dann einigermaßen von Erfolg begleitet sein würde, wenn es gelang, der hier unter dem Hunger leidenden Bevölkerung die notwendigen Lebensmittel zuzuführen. Da Deutschland infolge seiner durch den Versailles-Friedensvertrag bedingten wirtschaftlichen Notlage von sich aus nicht in der Lage ist, die notwendigen Mittel dafür aufzubringen, so wurde durch eine umfangreiche Propaganda-Tätigkeit die Privatinitiative dazu angeregt und außerdem gelang es zu erreichen, daß das von einem schwedischen Handels-Konzern nach Rußland gebrachte Mehl nach Kasan geleitet und dort zusammen mit dem Deutschen Roten Kreuz an die Bewohner der am schwersten betroffenen Dörfer teils als Brot, teils als Mehl verteilt wurde. Mitte Februar leitete die Expedition aus Kasan nach Moskau zurück, wo sie einen großen Teil ihres Sanitätszeuges abgab und mit dem Mehl die ersten von angewanderten Wolgareisener und anderen Privatorganisationen für die Wolgatalonien gesammelten Lebensmittel in das Gouvernement Sfaratow abfuhr. Gleichzeitig wurden in Petersburg Verhandlungen zwecks Uebernahme eines vom Deutschen Roten Kreuz zu unterhaltenden Krankenhauses geführt, die jetzt zum Abschluß gelangt sind. Das Krankenhaus, das frühere Alexander-Hospital, ist vor wenigen Tagen von dem Petersburger Gouverneur dem Deutschen Roten Kreuz mit sämtlichem Inventar zur Verfügung gestellt worden, wo eine von deutschen Ärzten geleitete Infektionsklinik und außerdem eine mit den modernsten Apparaten und Behandlungsmitteln ausgerüstete Poliklinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten eingerichtet wird. Außerdem unterhält das Deutsche Rote Kreuz unter Leitung eines Arztes eine Dienststelle in Kasan, wo für wolgareisener Frühlinge Unterkunftsstätten geschaffen, Lebensmittel verteilt werden und eine Krankenabteilung mit etwa 120 Betten von dem betreffenden deutschen Kreuz versehen wird. Seit 4 Wochen befindet sich unter ärztlicher Leitung ein zweiter Lebensmitteltransport im Wolgareisener, der hauptsächlich im Kohlen- und Holztransport besteht. Jemals Versorgung der seit vielen Jahren von jeder ausländischen Literatur abgeschnittenen russischen Behörden und Ärzte mit deutscher medizinischer Literatur, sind auf dem Auftrags in Deutschland hin der Hilfsexpedition von vielen deutschen Instituten, Wissenschaftlern und Verlagen medizinische Zeitschriften und Bücher gesendet worden, mit denen die medizinischen Praktiker von 7 russischen Universitäten, zahlreiche medizinische Institute, medizinische Gesellschaften, Ärztevereinigungen und einzelne Spezialisten und Ärzte regelmäßig versorgt werden.

### Wirtschaftliche Fragen.

#### Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden.

Die Arbeitsmarktlage ist dauernd günstig. Wie bisher ist die Gewerkschaftsziffer weiter zurückgegangen; besonders aufnahmefähig zeigen sich das Baugewerbe und die Industrie. Der landwirtschaftliche Kräftebedarf hält an. Teilweise mußte ein zunehmender Mangel an Anwärtern festgestellt werden. Außerordentlich hart geblieben ist die Nachfrage nach Steinbrucharbeitern. In der Metall- und Maschinenindustrie war der Bedarf an Facharbeitern, namentlich an Blechschneidern und Werkzeugmachern, gleich hoch wie in der Vorwoche. Zahlreich sind die Beschäftigungsgrad in der Spinnstoffindustrie u. in der Papierindustrie. Jemals ist sich in letzterer um weibliche Kräfte handelt. Nach Buchbindern hingegen bestand keine nennenswerte Nachfrage, doch war auch das Kräfteangebot gering. Der Notwendigkeit der Holz- und Schnitzstoffgewerbes blieb unbeschadet, im Nahrungsmittelgewerbe hat sich der bis-

ber verhältnismäßig recht geringe Bedarf an jungen Bäckern und Mehlern etwas verstärkt, während in der Tabakindustrie die bereits in der Vorwoche beobachtete Verminderung der Personalnachfrage weiterhin andauerte. Friseur- und insbesondere Schneider sind recht gesucht, für Schuhmacher bot sich etwas vermehrte Arbeitsgelegenheit. Während das Baugewerbe an beträchtlichem Kräftemangel leidet, ist die Nachfrage nach Buchdruckern im Vertriebsgewerbe gering geblieben. Für den Handel ist kritisch eine schwache Zunahme des Kräftebedarfs festzustellen. Nach jüngeren Fabrikarbeiterinnen bestand verhältnismäßig gute Nachfrage. Der Bedarf des Gastwirtschaftsgewerbes, namentlich an Küchenpersonal, war sehr erheblich. Bei der an dauerndem Kräftemangel leidenden Gruppe der häuslichen Dienste macht sich das Streben, Dienstmädchenstellen nach dem Ausland anzunehmen, ganz besonders empfindlich bemerkbar.

#### Tabellarischer Handwerksmeister auf der Münchener Gewerkschau.

Ul Karlsruher, 2. Aug. 45 Handwerksmeister aus Baden, denen eine Regierungsbeihilfe das Studium der Deutschen Gewerkschau in München erleichtert, haben unter Führung von Regierungsrat Prof. Lindner vom Badischen Landesgewerbeamt am Montag und Dienstag die deutsche Gewerkschau besucht. Direktor Oberregierungsrat Böhm begrüßte die Gäste, die anschließend unter sachkundiger Führung die Ausstellung besichtigten. Die Besucher drückten der Ausstellungsleitung ihre volle Befriedigung über das Gesehene und über die empfangenen außerordentlich wertvollen Anregungen aus, deren Bewertung im Heimatlande sicherlich von großem Nutzen sein wird.

#### Aufhebung des Afford- und Prämienstystems in der gemischten Industrie.

OMB, Ludwigsb., 2. Aug. Mit den wegen der Afford- und Prämienarbeit in der Badischen Anilin- und Sodafabrik zwischen den Direktoren und der Arbeiterschaft ausgebrochenen Differenzen, die, wie berichtet, zu Arbeiterdemonstrationen in der Fabrik geführt haben, hat sich eine Vertrauensmännerversammlung der Arbeiterschaft der Badischen Anilin- und Sodafabrik beschickt und hat eine Entschädigung angenommen, in der die Vorstände der zuständigen Gewerkschaften beauftragt werden, mit dem Arbeitgeberverband der Chemie Verhandlungen anzubahnen, mit dem Ziel, das Afford- und Prämienstigma zu beseitigen. Der Arbeiterschaft der Badischen Anilin- und Sodafabrik wird empfohlen, die Afford- und Prämienarbeit in der früher üblichen Weise bis zum Ergebnis dieser Verhandlungen wieder aufzunehmen.

#### Die Malzer Induziffern.

Malz, 2. Aug. Die vom statistischen Amt berechnete Induziffer für Malz von 50 wichtigen Lebensbedürfnissen (die Preise für Mehl, Bäckwaren und Schuhe sind nicht berücksichtigt) in Mainz stieg von 459 am 1. Juli auf 608 am 1. August 1922. Die Steigerung betrug also 149 Punkte. Die Teuerung nahm im Laufe des Monats Juli ununterbrochen zu und wird in den ersten Tagen des Augusts eine weitere Steigerung erfahren.

### Städtische Nachrichten.

#### Aus der Sitzung des gemischten beschließenden Ausschusses vom 31. Juli 1922.

Die Gebühren für den Schlacht- und Viehhof werden auf die Höhe der Ausgaben für Gehalte und Löhne sowie für Kohlen mit Wirkung vom 1. August 1922 ab wie folgt erhöht: a) die allgemeine Schlachtgebühr für Schlachtungen im Schlachthof von 1.50 auf 3.— je Kg., b) die allgemeine Schlachtgebühr für Schlachtungen in den Vororten von 1.— auf 2.— je Kg., c) die übrigen Gebühren für den Schlacht- und Viehhof um durchschnittlich 50 v. H.

Die bisherigen Gebühren für die Benützung der Straßenwagen und der Taxikabine werden mit Rücksicht auf die Erhöhung der persönlichen und sachlichen Ausgaben mit Wirkung vom 1. August 1922 vermindert.

#### Die Wohnungssteuer am Scheideweg.

Durch die Erbhöherliche Reichsteuernpolitik wurde Ländern und besonders den Stadterwerbungen der früheren Baden zur Aufbringung der nötigen Geldmittel nahezu entzogen. Sie wurden unmittelbar und mittelbar die Kosten der Reichs-, was bei vielen aber fast zum wirtschaftlichen Erlösungsstode führt. Schon wurden Zahlungsleistungen von Gemeindevorständen gemeldet; der Kredit der Städte sinkt angesichts dieser Unterbrechung der städtischen Wirtschaft tagtäglich; die Fortführung gesunder Stadtunternehmungen ist nahezu überall am Zusammenbrechen, an Inangriffnahme neuer Aufgaben gar nicht mehr zu denken. Ueber kurz oder lang werden vor allem die städtischen Gemeinden ganzer Länder, ja des ganzen Reiches in der gleichen Uniform stehen, nämlich gleich arm, gleich hoffnungslos hinfällig. Der tüchtigste Oberbürgermeister mit den großzügigsten Wirtschaftsideen vermag nicht mehr als ein ergebene Bürokratenverwaltung; am Selbstmangel scheitert alles. Die heutzutage Gleichmacherei führt rettungslos zum Untergang des früher so florierenden Wirtschaftsgeländes.

Diese unermesslichen Folgen der begonnenen Reichsteuernpolitik, die durch die Länder vervollständigt wurde, treffen jetzt schon jeden Einzelnen, besonders aber jeden Wohnungsinhaber, ob Mieter oder Vermieter, und die Wohnungsinhaber zahlen in Form unvergleichlich höherer Mietmieten erst recht selber die ganze Geschichte nichts an; mich berühren die Erhöhungen der städtischen Gebühren nicht. Die kurzfristige und häufig von Selbstsucht eingegebene Ansicht vieler, welche nicht unmittelbar die erhöhten Gebührenzettel vorgelegt bekommen, muß gründlich geändert werden; sie ist falsch und führt uns immer tiefer in die heutzutage Sachlage hinein. Unter dieser furchtbaren Sachlage verstehen wir die fortwährende Höhererschraubung der städtischen Tarife auf Wasser, Müllabfuhr, Straßenreinigung, Wohnabgabe, Straßenbahnbenützung usw., die allmählich Lasten bedeuten, unter denen Familien mit bescheidenen Zinseinnahmen oder Mietsvorsorgungen einfach zusammenbrechen. Schon muß der Gesetzgeber Besorgungen vornehmen, wenn die Wirtschaftslage der Abgabepflichtigen die Zahlung unmöglich macht. Das trifft bei den meisten Alpenländern und allen Kleinrentnern, bei sämtlichen Beamtenwitwen und den meisten alten Pensionen zu, die kein unmittelbares Arbeitseinkommen mehr haben. Die Teuerung wird mit unerträglicher Notwendigkeit zur Höherhebung der Freigrenze führen. Das ist einfach soziale Missetzung; dadurch wird aber das Ungeheuer der Einnahmen aus Gebühren — dieser fast noch einziger möglicher Steuerquelle der Städte — immer mehr zusammenschrumpt und endlich ganz verloren.

Wir stehen bereits am Scheideweg. Alle Volksschichten und Parteien müssen sich die Frage vorlegen, ob sie so weiter mitmachen wollen und können. Keine leichte und keine angenehme Aufgabe. Aber ein Ausweichen gibt's nicht. Das Auffälligste der jetzt notwendig gewordenen Steuerpolitik der Städte ist, daß sie, wie bereits erwähnt, hauptsächlich in Wohnsteuern sich auswirkt. Was sind Erhöhungen des Wasserpreises, des Müllabfuhr-, Straßenreinigung- und Lichtstrompreises anderes als Mietpreiserhöhungen? Und zwar Erhöhungen, wie man sie sich von den Hausbesitzern so häufig weigern nicht gefallen ließe. Wir wollen die Städte darob nicht schelten, denn sie brauchen Geld, viel Geld, u. wenn ihr die unmittelbare Erhöhung nur noch in beschränktem Maße möglich ist, so muß sie eben andere Schrauben anziehen. Wir wollen auch nicht sagen: halt das Geld doch bei den Hausbesitzern in Form höherer Gebäudesteuern; denn das führte sofort doch wieder zur Umlegung auf alle Mieter. Aber seien wir nicht wie unhalbtun die jetzige Mundtotmachung der Gemeinden in Steuererhöhungen zu einseitiger Belastung, ja zur glatten Ungerechtigkeit führt.

Früher hörte man bei allen Steuererhebungen im Reichstag, Landtag, Stadtrat oder Bürgerausschuß: Verteilung auf die Kräftigsten Schultern, Staffierung nach dem Einkommen und der Vermögenslage. Diese Sätze waren richtig und sind heute noch richtig. Nur hört man sie seltener und noch seltener werden sie befolgt. Können bei den Gebührenerhöhungen gar nicht mehr befolgt werden. Denn wo soll mit der Verteilung oder dem Nachschuß des Wasserpreises und der anderen Gebühren begonnen, wo aufgehört werden? Wie soll man die Verteilung noch möglich machen und überleben? Man denke nur an die Wohnabgabe, die doch verhältnismäßig einfachste und höchstens alle Halbjahre erhöhte Mietsteuer. Berechnet wird sie nach dem Steuerwert des Hauses, einerseits als Willkür drein wohnen oder veranlagt; Kleinrentner und Alpenkonditore. Nun sollen den einen Zuschläge gemacht, den anderen Nachlässe gewährt werden. Die Folge? Das eine Haus bringt vielleicht gar keine Wohnabgabe, obwohl es ein stattliches Gebäude ist; das andere aber, in dem rüstige, noch junge Mieter mit hohem Arbeitseinkommen wohnen, wirft hohe Beträge ab, obwohl es nur eine kleine Mietkammer ist. So geht es also nicht, und auch der Einwand, daß die Empfänger hoher Löhne und Gehälter von reichlichen Wohnabgaben zahlen, schafft die Ungleichheit der Besteuerung nicht aus der Welt. Denn vielleicht weicht das Einkommen des einen Mieters um hunderttausend Mark ab von dem seines gleich hoch besteuerten Nachbarn; aber ihre Wohnabgabe ist gleich hoch, doch weil sie zufällig dieselbe Miete bezahlen.

So ist mit den anderen Gebühren erst recht. Dort kann die Gleichmacherei noch ungerochter wirken. Da ist ein altes Ehepaar, das von erspartem Kapital oder färglicher Pension leben muß; sein Wasserverbrauch ist auf die kleinste Menge herabgesetzt; aber die Wassersteuer ist gerade so hoch wie die des kinderreichen, baderfüllten Mitbewohners im gleichen Haus. In wie da ausgleichen? Jedem eine Wasseruhr in die Wohnung setzen? Schon technisch eine Unmöglichkeit. Beide zahlen dieselbe Wohnsteuer, wenn ihre Miete gleich hoch ist. Was das bedeutet, wenn in der letzten Mannheimer Bürgerausschusssitzung vom 28. Juli mitgeteilt wurde, daß

### Ein amerikanischer Sieg über die Tuberkulose.

Die kleine Stadt Framingham liegt im Staate Massachusetts in den Vereinigten Staaten, ungefähr 30 Km. von Boston entfernt. Es ist eine Kleinstadt halb industriellen und halb landwirtschaftlichen Charakters mit 16 000 Einwohnern. Im Jahre 1916, die Tuberkulose als Berufsfeld zur Bekämpfung der Tuberkulose anerkannt. Ein Nationalkomitee, bestehend aus 14 angesehenen Spezialisten wurde ernannt, ließ sich in Framingham nieder und machte sich sofort an die Arbeit.

Der allmählich das Komitee eine allgemeine Untersuchung machte, es registrierte nicht nur ganz genau die Fälle von Tuberkulose, sondern alle Krankheitsfälle, welche es entdecken konnte, inwieweit, andererseits die pathologischen Fälle feststellte, welche die Untersuchung nicht beeinträchtigen. Obgleich diese allgemeine Untersuchung nicht durch Gesetz obligatorisch gemacht wurde, stellten sich doch alle Einwohner Framinghams in der richtigen Einsichtung des guten Zweckes zur Verfügung. Das Untersuchungsergebnis war das folgende: 23 Prozent der untersuchten Personen waren als „vollkommen gesund“ bezeichnet worden. 64 Prozent waren nicht nur Darmstörungen und Augenkrankheiten, sondern auch Tuberkulose Fälle, die im Anfangsstadium sich befanden, umfaßten. Im ganzen erkrankte man 311 tuberkulose Fälle, von denen 66 Fälle von ausgeprägten aktiver Form waren, 115 Fälle als latent und 230 Fälle als verdächtig festgestellt wurde.

Nach Durchführung der allgemeinen Untersuchung begann die spezifische Behandlung. Zuerst erschöpfte sich diese in Maßnahmen von der Tuberkulose bedroht waren, wurden in Ferienkolonien oder in Sanatorien geschickt. Was die ärztliche Behandlung angeht, so waren keine grundsätzlichen Neuerungen, man benutzte keine neuen Medikamente. Die Sanatorienbehandlung, die Isolierung der Kinder usw. wurde wie üblich, angewandt. Die Resultate, die man in Framingham angewandten System erzielt werden, sind indessen, wie eine Mitteilung des amerikanischen Roten Kreuzes an das internationale Rote Kreuz bringt, außerordentlich günstig. Im Jahre 1917 betrug die Fälle von tuberkulose 42 Proz., während sie sich im Jahre 1921 auf 17 Proz. oder beobachteten Krankheitsfällen. Dieser Erfolg wurde hauptsächlich der Erziehung des Publikums und

den überall erfolgten hygienischen Vorschriften verdankt. Die Tuberkulose-Sterblichkeit, die 1916 12 von Tausend Bewohner in Framingham betrug, sank im Jahre 1921 auf 4 von Tausend. Das ist die niedrigste Ziffer, die jemals bei einer zivilisierten Nation zu beobachten war.

Der Generalrat des internationalen Roten Kreuzes hat es mit vollem Recht für dringend notwendig gehalten, die Aufmerksamkeit der Welt auf das Ergebnis von Framingham zu lenken. Und er fügt folgende Bemerkung hinzu:

„Dieser Gewinn an Menschenleben, dieser Sieg über die Tuberkulose, sind so bemerkenswert, daß es kaum schwierig ist, sie als Schlüssel zu bezeichnen. Man sieht, daß ein entscheidender Erfolg der sozialen Medizin auch ohne drastische Gesetze erzielt werden kann, ohne unzulässige Einschränkung der Freiheit und der persönlichen Selbstbestimmung. Durch eine langsame und genaue Arbeit hat die soziale Medizin seit einiger Zeit die Krankheitsbestimmung vervollständigt und die Selbstbehandlung verbessert bis zu einem Grad, dessen mögliche Konsequenzen dem Publikum keineswegs unbekannt sind. Die soziale Medizin muß diese Erkenntnisse unter die Massen bringen und ihre Anstrengungen systematisieren und zusammenzufassen. Die soziale Medizin hat bereits die Bedingungen erkannt, unter denen 1/2 der Opfer der Tuberkulose gerettet werden könnten, wenn auch diese Tatsache in der Theorie seit langem bekannt war, der praktische, positive Beweis ist in Framingham erbracht worden.“

In der Tat verdient bei der ungeheuren Zahl der Opfer, die die Tuberkulose auch bei uns fordert, der Erfolg von Framingham in weitesten Kreisen bekannt zu werden!

### Kunst und Wissen.

Badisch-städtische Kunststätten auf der Frankfurter Kunstmesse. Die nächste Frankfurter Kunstmesse wird im Rahmen der städtischen internationalen Frankfurter Messe (8. bis 14. Oktober) in diesem Herbst vom 21. September bis zum 13. Oktober stattfinden. Außer der Stadtverwaltung des Kunsthandels wird diesmal eine Anstalt des Badisch-städtischer Kunststätten gezeigt werden. Die Anstalt wird hier bei der Stadtverwaltung der letzten Ausstellung „Kunststätten“. Die Frankfurter Kunstmesse wird sich in Zukunft mit besonderer Liebe der um Frankfurter Gemeinden deutschen Kunstwerke annehmen und erwarnt davon nicht nur eine Förderung der heimischen Kunst, sondern auch eine Stärkung des deutschen Kunsthandels. Durch unsere Stellung im Reich und die Bedeutung der Kunstwerke werden auch die Städte aufsuchen, deren Bilder und Kunstwerke sie auf der Ausstellung haben. Die Veranstaltung erweist sich bereits der Mitwirkung aller darum ersuchten

Behörden, Museen und Privatmuseen. Unbekannte Gemälde von Rubens und Palatinen werden gegeben, sich mit der Leitung der Geschichtsstelle der Kunstmesse im Römer, Weidmanns, in Verbindung zu setzen, die auch alle weiteren Auskünfte erteilt.

Therapeutische an der Universität Köln. Nachdem bereits im vorangehenden Jahre eine Theatergeschichtliche Abteilung des deutschen Seminars an der Universität Köln gegründet worden ist, beschloß die philosophische Fakultät nunmehr, Theatergeschichte als besonderes Prüfungsfach beim Doktorexamen anzuerkennen. Dadurch hat Köln den Anfang mit einer Entwicklung gemacht, die dem Theaterfachmann ein besonderes Studium ermöglicht. Im Wintersemester werden besondere Kurse unter Leitung von Dramaturgen und Regisseuren abgehalten werden.

Eine „Judith“-Oper. E. v. Reznicek hat eine neue Oper vollendet, deren Text eine freie Benützung der Hebbelischen „Judith“ ist.

Tagung des Deutschen Sprachvereins. In Gotha trat der Deutsche Sprachverein in letzter Woche zu seiner 20. Hauptversammlung zusammen. Die Zahl der Gäste, und Zuschauer betrug heute 250. Aus allen Teilen Deutschlands, aus den belgischen Gebieten, aus Danzig, Ostpreußen, Elb-Lothringen, der Schweiz, Wien, der Tschechoslowakei, Böhmen, Pöden und vielen Städten Amerikas waren Abgeordnete erschienen. Zum ersten Male war auch ein Vertreter der Reichsregierung erschienen, der die warmen Wünsche der Regierung überbrachte. Ferner nahm an der Tagung der thüringische Minister für Volkserziehung teil. Den Hauptvortrag hielt Prof. Dr. Hans Kaumann-Frankfurt über „Die Geschichte der deutschen Sprache“. Die Geschichte der deutschen Sprache, die Verhandlungsprotokolle aller der Neuauflage der „Sprache“, den Beiträgen des Vereins, in der Liebe zur Vaterlandsliebe, deren unwichtige Art, Reinheit und Schönheit der Verein pflegt, über die Gegenstände von Partei, Gesellschaft und Kirche zu reden zu haben und das deutsche Volkstum zu stärken, dient neben der mehr wissenschaftlich gehaltenen „Zeitschrift des Deutschen Sprachvereins“ das „Vierteljahrsschrift: Zeitschrift Mutter Sprache“, das in Wort und Bild Freude an deutscher Sprache und Art werden und fördern will. Jeder ist auch dieser Teil der Veranstaltungen durch die Vortragsveranstaltungen usw. hat.

Lehrerbildung in Leipzig. Unter „Lehrerbildung“ versteht man die Vorbildung, wie es die Entwurfs- und Probezeit gibt, die in der kurzen Zeit ihres Bestehens einer sehr großen Aufmerksamkeit und Beliebtheit sich erfreut, wird nunmehr häufig der großen Leipziger Messe als Spezialausstellung eine „Lehrerbildung“ angehängt werden. Die deutsche „Lehrerbildung“, vertreten durch den V. D. L. („Band Deutscher Lehrkräfte“), nach einem vorangegangenen Besuche im Frühjahr zur Herbstmesse 1922 erstmalig eine zusammenfassende Ausstellung deutscher Architektur bringen. Die Ausstellung wird alle











